

KURZ UND PRÄGNANT

Thüringer Wald besser schützen

Die im aktuellen Thüringer Waldzustandsbericht ausgewiesenen 36 Prozent deutlich geschädigter Bäume sind der höchste Wert seit 2001 und damit eine alarmierende Zahl. „Das extrem trockene Frühjahr ist richtigerweise als wesentlicher Einflussfaktor genannt worden. Nicht auszuschließen ist aber, dass die lebensnotwendige Wasserversorgung für die Wälder auch vom Menschen direkt negativ beeinflusst sein kann“, so MdL Tilo Kummer, der auf die vielen Infrastrukturprojekte besonders im Thüringer Wald verweist. Seit Jahren mache DIE LINKE auf dieses Problem aufmerksam. Umweltminister Reinhold habe keine Initiative zur deutlichen Reduzierung der Immissionen durch den Straßenverkehr gezeigt. Im Bericht sei zu lesen, dass langfristig mit einer Einschränkung der Leistungsfähigkeit des Waldes gerechnet werden müsse, wenn die Stickstoffeinträge nicht unter den kritischen Bereich gesenkt werden. „Mehr für unsere Bäume könnten wir tun mit weniger Straßen, Entseelung von Flächen oder öffentlichen Verkehrsprojekten“, so Kummer. ■

Privatisierung des Maßregelvollzugs

Als Konsequenz aus dem Verfahren beim Bundesverfassungsgericht zur Frage der Verfassungswidrigkeit einer Privatisierung des Maßregelvollzugs forderte MdL Karola Stange, Mitglied der Strafvollzugskommission des Landtages: „Die Privatisierung des Maßregelvollzugs in Thüringen muss schon jetzt auf den politischen Prüfstand. Hoheitliche Aufgaben wie der Maßregelvollzug, bei dem es um Vollstreckung von Anordnungen von Gerichten gegen in der Regel schuldunfähige Straftäter geht, müssen von der öffentlichen Hand vollzogen werden. Thüringen ist mit der Privatisierung den falschen Weg gegangen und hat damit privaten Klinikkonzernen nur lukrative Einnahmequellen auf Kosten der Steuerzahler erschlossen.“ Die sehr kritischen Äußerungen der Bundesverfassungsrichter bestätigten die jahrelange Kritik der Linksfraktion an der Privatisierung des Maßregelvollzugs. Betroffen seien gerade die Bundesländer, die wie Thüringen den Maßregelvollzug durch so genannte Beileihung vollständig in die Hände privater Anbieter übergeben haben. Die LINKE fordert das Erstellen von Vergleichsuntersuchungen hinsichtlich der Rücküberführung des Maßregelvollzugs statt Beibehaltung des bisherigen Modells. Zu kritisieren seien auch die Intransparenz und Geheimniskrämerie beim Umgang mit den vertraglichen Regelungen zwischen dem Freistaat und den privaten Klinikkonzernen. ■

Laugenversenkung rasch beenden!

Parteiübergreifende Erklärung von Abgeordneten aus Hessen und Thüringen nach gemeinsamen Gespräch in Kassel

Nachdem Mitte Oktober im Regierungspräsidium Kassel ein fraktions- und länderübergreifendes Gespräch in Sachen „laugenhaltige Abwässer des Unternehmens K+S“ stattgefunden hatte, haben sich die Teilnehmer auf eine gemeinsame Pressemitteilung geeinigt:

Im Regierungspräsidium in Kassel steht Ende November eine weitreichende Entscheidung in Sachen laugenhaltige Abwässer des Kali-Unternehmens K+S an. Es wird zu entscheiden sein, ob und in welchen Mengen das Unternehmen künftig einen Teil seiner Abwässer weiterhin in den Untergrund versenken darf. „Diese Entscheidung bewegt nicht nur die Abgeordneten des hessischen Landtages über alle Parteigrenzen hinweg, sondern auch die Kollegen in Thüringen, Niedersachsen und NRW.

Daher ist in Zusammenarbeit mit dem Grünen Abgeordneten Carsten Meyer und dem Umweltausschussvorsitzenden Tilo Kummer aus dem Thüringer Landtag die Idee eines fraktions- und länderübergreifenden Gesprächs beim Regierungspräsidium (RP) als zuständiger Genehmigungsbehörde entstanden, die von vielen örtlich und fachlich zuständigen Kollegen quer durch die Parteienlandschaft unterstützt wurde. Wir haben uns daher in partei- und länderübergreifender Runde beim RP über die anstehenden Entscheidungen unterrichten lassen“, so die stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Grünen Landtagsfraktion in Wiesbaden, Sigrid Erfurth, die die Koordination des Gesprächs übernommen hatte. Die örtlich zuständigen Abgeordneten des Hessischen Landtages Dirk Landau (CDU), Lothar Quanz

und Thorsten Warneke (SPD), Sigrid Erfurth (Grüne) und Marjana Schott (Linke), sowie Carsten Meyer (Grüne), Tilo Kummer und Katja Wolf (Linke) aus dem Thüringer Landtag nahmen an dem Gespräch mit Vizepräsident Hans Peter Conrad und den fachlich zuständigen Mitarbeitern teil. Die Abgeordneten machten deutlich, dass wegen der möglichen Gefahren für das Trinkwasser die Versenkung der laugenhaltigen Abwässer in den Untergrund so rasch wie möglich zu beenden sei.

Besonders die Thüringer Abgeordneten wiesen auf Probleme hin, die sich in Folge der Verteilung der Ab-

die künftige Genehmigung so auszugestalten, dass die im Maßnahmenpaket von K+S angekündigten Reduzierungspotentiale der Abwässer erfasst würden, und wolle damit sicherstellen, dass die Laugenreduzierung verlässlich erreicht werde.

Die hessischen Abgeordneten wiesen darauf hin, dass das Unternehmen in den öffentlichen Äußerungen häufiger den ernststen Willen zur Reduzierung habe vermissen lassen. Dirk Landau gab seiner Verärgerung Ausdruck, dass es bis Mai 2011 gedauert habe, bis K+S die Unterlagen für den Antrag zur Verlängerung der Versenk-



wässer im Untergrund ergäben und die aus heutiger Sicht nicht verlässlich eingeschätzt werden könnten. Katja Wolf sagte, dass es sieben Jahre dauere, bis die versenkten Laugen diffus in die Werra austreten. „Bei einem solchen Zeitraum kann nicht ausgeschlossen werden, dass heute versenkte Laugen in einigen Jahren zu einer Schädigung des Trinkwassers in Gerstungen führen.“

Hier sagte Vizepräsident Conrad: Es werde keine unbefristete Verlängerung geben. Es sei auch fraglich, ob gestattet werden könne, wie von K+S beantragt, weitere zehn Jahre Lauge zu versenken. Außerdem müsse das Unternehmen über ständiges Monitoring nachweisen, dass keine Gefährdung für das Trinkwasser vorliege, so dass im Bedarfsfall rechtzeitig eingeschritten werden könne. Man arbeite daran,

erlaubnis vollständig vorgelegt habe, obwohl seit Jahren bekannt sei, dass im November dieses Jahres über das hoch komplexe Thema entschieden werden müsse. Die Abgeordneten nahmen zur Kenntnis, dass im Regierungspräsidium derzeit mit Hochdruck daran gearbeitet wird, eine neue gerichtsfeste Versenkerlaubnis zu erstellen, die dem Unternehmen zwar ein gewisses Zeitfenster lässt, die laugenhaltigen Abwässer deutlich zu reduzieren, aber auf der anderen Seite die Gefährdung des Trinkwassers ausschließt.

Als bisher nicht zufriedenstellend gelöst bezeichneten Sigrid Erfurth und Marjana Schott den Umgang mit den Haldenabwässern, die ähnlich stark belastet sind wie die Produktionsabwässer. Zwar fallen sie in geringerer Jahresmenge an als die Produktionsabwässer, dafür aber über den unvorstellbar langen Zeitraum von nahezu 1000 Jahren. Das Regierungspräsidium meint auch, die Lösung dieses Problems lege den Bau einer Fernleitung – im Idealfall zur Nordsee – nahe.

Im Vorfeld der nächsten anstehenden Diskussion um die Absenkung der Grenzwerte, über die bis Ende 2012 zu entscheiden ist, wies Tilo Kummer darauf hin, dass es wünschenswert sei, neben dem Grenzwert Chlorid weitere Parameter zu beschreiben, die die schädlichen Einflüsse auf den Gewässerzustand noch besser abbilden. Lothar Quanz und Thorsten Warneke machten deutlich, dass zwar noch eine weite Strecke zurück zu legen sei auf dem Weg zu einer nachhaltigen Lösung, dennoch habe sich aber auch schon viel getan, und es müsse weiter im Verbund mit anderen Bundesländern an der Realisierung der Fernleitung gearbeitet werden.

Durchschaubare „Charme-Offensive“ von K+S

Als „durchschaubare Charme-Offensive“ bezeichnete MdL Katja Wolf die jetzt von K+S angekündigten neuen Projekte zur Verringerung der Laugeneinleitung: „Wer gerade beantragt hat, weitere 46 Millionen Kubikmeter Salzlauge über zehn Jahre in den Untergrund versenken und die Abfallhalden verdoppeln zu wollen, ist nur wenig glaubhaft.“ Zumal über die Hälfte dieses versenkten Mülls nach wenigen Jahren im Grundwasser oder in der Werra zu finden sei.

Alle Anstrengungen von K+S zur Vermeidung von salzhaltigem Müll aus der Kaliproduktion seien löblich, „greifen aber zu kurz“. Die Projekte seien ausschließlich nach der wirtschaftlichen Rentabilität geprüft. Der Konzern setze nur um, womit sich Profit machen lasse. „Wenn 2015 immer noch sieben Millionen Kubikmeter

Kalilauge als Müll entstehen, reichen die angekündigten Maßnahmen nicht aus!“ Dass K+S im nächsten Jahr den Antrag für den Bau einer Pipeline Richtung Nordsee einreichen will, wertete die Abgeordnete als „zweiten Teil der Charme-Offensive“ und „Spiel auf Zeit“. Bislang habe der Konzern seine Hausaufgaben bei der Vermeidung und konsequenten Verwertung der Abwässer nicht erledigt.

Die Umweltpolitikerin sieht auch keine Bewegung in der Frage der Kalihalden. „Solange es Firmenphilosophie ist, die Halden in den nächsten Jahren zu verdoppeln und nicht unter Tage zurück zu bringen, ist alles Gerede von Nachhaltigkeit eine Farce. Vielen Generationen werden schwere Altlasten aufgebürdet. Echtes Umdenken ist notwendig statt wohlinszenierter Ablenkungsmanöver!“ ■

Archiv-Foto einer Protestaktion im Sommer 2008